
Statuten der Simmentaler Brewhouse AG

mit Sitz in Lenk

Artikel 1 – Firma und Sitz

Unter der Firma Simmentaler Brewhouse AG besteht mit Sitz in Lenk, Kanton Bern auf unbestimmte Dauer eine Aktiengesellschaft gemäss Art. 620 ff. OR.

Artikel 2 – Zweck

Die Gesellschaft bezweckt den Betrieb von eigenen Gastronomiebetrieben. Sie kann sich an anderen Betrieben, Zulieferern und gastronomienahen Projekten beteiligen. Sie kann sich darüber hinaus an Immobilien oder anderen Projekten beteiligen, welche sich mit der Gastronomie, Hotellerie oder Ähnlichem befassen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte tätigen, die mit diesem Hauptzweck in Verbindung stehen.

Artikel 3 – Aktienkapital und Aktien

Das Aktienkapital beträgt CHF 100'000.00 und ist eingeteilt in 10'000'000 Namenaktien mit einem Nennwert von CHF 0.01 pro Aktie.

Die Namenaktien sind vollständig liberiert.

Artikel 3a – Kapitalband

Die Gesellschaft hat ein Kapitalband zwischen CHF 100'000.00 (untere Grenze) und CHF 150'000.00 (obere Grenze).

Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, bis zum 31. August 2029 das Aktienkapital jederzeit und beliebig oft innerhalb des Kapitalbandes zu erhöhen.

Die Erhöhung hat durch Ausgabe von maximal 5'000'000 vollständig zu liberierenden neuen Namenaktien im Nennwert von CHF 0.01 zu erfolgen. Nach einer Nennwertveränderung gilt der neue Nennwert auch im Rahmen des Kapitalbandes.

Der Erwerb und die Übertragung der neuen Aktien unterliegen den Beschränkungen gemäss diesen Statuten.

Der Zeitpunkt der Ausgabe von neuen Aktien, deren Ausgabepreis, die Art der Einlagen, die Bedingungen der Bezugsrechtsausübung und der Zeitpunkt der Dividendenberechtigung werden durch den Verwaltungsrat festgelegt. Der Verwaltungsrat ist berechtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre einzuschränken oder auszuschliessen und Dritten zuzuweisen, wenn die neuen Aktien verwendet werden sollen

1. für die Übernahme von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen durch Aktientausch;
2. zur Finanzierung oder Refinanzierung des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen oder von neuen Investitionsvorhaben; oder
3. für die Beteiligung von strategischen Investoren.

Aktien, für welche Bezugsrechte eingeräumt, aber nicht ausgeübt werden, kann der Verwaltungsrat verfallen lassen oder anderweitig im Interesse der Gesellschaft verwenden.

Artikel 4 – Form der Aktien

Die Namenaktien der Gesellschaft werden vorbehaltlich des folgenden Absatzes als Wertrechte im Sinne von Art. 973c OR ausgestaltet.

Der Aktionär kann, nachdem er im Aktienbuch eingetragen ist, von der Gesellschaft jederzeit die Ausstellung einer Bescheinigung über seine Namenaktien verlangen; er hat jedoch keinen Anspruch auf Druck und Auslieferung von Aktienurkunden.

Der Verwaltungsrat kann die Verbriefungsart von Namenaktien jederzeit ändern und zwischen Registerwertrechten, Wertpapieren, Globalurkunden und einfachen Wertrechten wechseln.

Der Verwaltungsrat kann ferner die bei der Gesellschaft oder einer Verwahrungsstelle eingelieferten Wertpapiere, Aktienzertifikate oder Globalurkunden oder die als einfache Wertrechte oder Registerwertrechte ausgestalteten Aktien als Bucheffekten eintragen lassen. Der Verwaltungsrat kann als Bucheffekten geführte Aktien jederzeit wieder aus dem Verwahrungssystem zurückziehen.

Verfügungen über Bucheffekten erfolgen ausschliesslich nach Massgabe des Bucheffektengesetzes.

Auf Registerwertrechte finden die jeweils gültigen Registrierungsbedingungen Anwendung.

Artikel 5 – Aktienbuch

Die Gesellschaft führt ein Aktienbuch, das zusammen mit weiteren Informationen, welche unter den vorliegenden Statuten oder vom Verwaltungsrat benötigt werden, die Namen und Adressen der Eigentümer oder Nutzniesser der Aktien aufführt.

Gegenüber der Gesellschaft gelten diejenigen Personen als Eigentümer oder Nutzniesser, die im Aktienbuch eingetragen sind.

Erwerber von Aktien werden als Aktionäre in das Aktienbuch eingetragen, wenn sie gemäss den Vorschriften der Gesellschaft bestätigen, dass sie die so erworbenen Aktien im eigenen Namen und auf eigene Rechnung halten. Die Gesellschaft darf jederzeit von einem Aktionär verlangen, diese Bestätigung zu wiederholen.

Nach Anhörung der betroffenen Person darf die Gesellschaft den Eintrag eines Aktionärs im Aktienbuch für einen Teil oder die Gesamtheit der von diesem gehaltenen Aktien rückwirkend löschen, wenn der Eintrag aufgrund falscher Angaben des Erwerbers getätigt wurde oder wenn dieser sich weigert auf Anfrage zu bestätigen, dass er die Aktien im eigenen Namen und auf eigene Rechnung hält. Der betroffene Aktionär wird von der Löschung im Aktienbuch informiert.

Der Verwaltungsrat kann die Modalitäten der Aktienübertragung und der Eintragung in das Aktienbuch reglementieren.

Artikel 6 – Übertragung der Aktien

Die Übertragung der Namenaktien oder die Begründung einer Nutzniessung an den Namenaktien bedarf der Genehmigung durch den Verwaltungsrat.

Der Verwaltungsrat darf die Zustimmung unter Nennung des Grundes verweigern, wenn die Anerkennung des Erwerbers als Aktionär die Gesellschaft daran hindern könnte, durch Bundesgesetze geforderte Nachweise über die Zusammensetzung des Kreises der Aktionäre zu erbringen und wenn durch die Veräusserung der Aktien die Weiterverfolgung des Gesellschaftszwecks im Sinne von Art. 2 dieser Statuten gefährdet werden könnte, insbesondere, wenn der Erwerber direkt oder indirekt in einem Konkurrenzverhältnis zur Gesellschaft steht.

Der Verwaltungsrat kann das Gesuch um Zustimmung zudem ablehnen, wenn er im Namen der Gesellschaft dem Veräusserer der Aktien anbietet, die Aktien für deren Rechnung, für Rechnung anderer Aktionäre oder für Rechnung Dritter zum wirklichen Wert im Zeitpunkt des Gesuches zu übernehmen oder wenn der Erwerber nicht ausdrücklich erklärt, dass er die Aktien im eigenen Namen und auf eigene Rechnung erworben hat.

Sind die Aktien durch Erbgang, Erbteilung, eheliches Güterrecht oder Zwangsvollstreckung erworben worden, so kann der Verwaltungsrat das Gesuch um Zustimmung nur ablehnen, wenn er im Namen der Gesellschaft dem Erwerber die Übernahme der Aktien zum wirklichen Wert anbietet.

Artikel 7 – Eigene Aktien

Sofern die Gesellschaft eigene Aktien hält, ruhen deren Stimm- und Vermögensrechte.

Artikel 8 – Generalversammlung

Die Generalversammlung ist spätestens 20 Tage vor dem Versammlungstag durch Brief oder E-Mail an die Aktionäre und Nutzniesser einzuberufen.

Eine Generalversammlung kann mit elektronischen Mitteln ohne Tagungsort durchgeführt werden. Auf die Bezeichnung eines unabhängigen Stimmrechtsvertreters kann verzichtet werden. Der Verwaltungsrat regelt die Verwendung elektronischer Mittel. Er stellt sicher, dass

1. die Identität der Teilnehmer feststeht;
2. die Voten in der Generalversammlung unmittelbar übertragen werden;
3. jeder Teilnehmer Anträge stellen und sich an der Diskussion beteiligen kann;
4. das Abstimmungsergebnis nicht verfälscht werden kann.

Treten während der Generalversammlung technische Probleme auf, sodass die Generalversammlung nicht ordnungsgemäss durchgeführt werden kann, so muss sie wiederholt werden. Beschlüsse, welche die Generalversammlung vor dem Auftreten der technischen Probleme gefasst hat, bleiben gültig.

Die Generalversammlung kann im Ausland durchgeführt werden, wenn der Verwaltungsrat in der Einberufung einen unabhängigen Stimmrechtsvertreter bezeichnet. Der Verwaltungsrat kann auf die Bezeichnung eines unabhängigen Stimmrechtsvertreters verzichten, sofern alle Aktionäre damit einverstanden sind.

Die Aktionäre üben ihr Stimmrecht in der Generalversammlung nach Verhältnis des gesamten Nennwerts der ihnen gehörenden Aktien aus.

Die Mitgliedschaftsrechte kann ausüben, wer im Aktienbuch als Aktionär eingetragen ist.

In der Generalversammlung berechtigt jede Aktie zu mindestens einer Stimme. Bei Beschlüssen über die Entlastung des Verwaltungsrats haben Personen kein Stimmrecht, die in irgendeiner Weise an der Geschäftsführung teilgenommen haben.

Ein Aktionär kann sich an der Generalversammlung durch eine schriftlich bevollmächtigte Person, die nicht Aktionär zu sein braucht, und gegebenenfalls durch den unabhängigen Stimmrechtsvertreter, den Organvertreter oder einen Depotvertreter, vertreten lassen. Der Verwaltungsrat entscheidet über die Zulassung der Vollmachtserteilung.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind berechtigt, an der Generalversammlung teilzunehmen. Sie können Anträge stellen.

Artikel 9 – Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern und konstituiert sich selbst.

Beschlüsse des Verwaltungsrats werden mit einfachem Mehr gefasst. Bei Stimmgleichheit hat der Vorsitzende den Stichentscheid.

Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Als anwesend gelten auch Mitglieder, die mittels interaktiver Ton- oder Ton- und Bildübertragung unmittelbar an der Sitzung teilnehmen. Ausgenommen sind Beschlüsse im Zusammenhang mit Kapitalerhöhungen und der nachträglichen Leistung von Einlagen auf nicht vollständig liberierte Aktien, bei denen die Quorumsvoraussetzung nicht gilt, womit die Anwesenheit eines Mitglieds des Verwaltungsrats genügt.

Sitzungen können auch per Videokonferenz oder über andere audiovisuelle oder elektronische Kommunikationsmittel abgehalten werden, sofern die per Video, audiovisuellem Gerät oder anderen elektronischen Mitteln teilnehmenden Mitglieder eindeutig identifiziert werden können. Darüber hinaus gelten für Beschlüsse, die per Videokonferenz oder über andere audiovisuelle oder elektronische Kommunikationsmittel gefasst werden, die gleichen Bestimmungen wie für physische Sitzungen.

Beschlüsse und Wahlen können ohne Abhaltung einer Verwaltungsratssitzung gefasst werden, indem die schriftliche Zustimmung der Verwaltungsratsmitglieder zu einem bestimmten Vorschlag eingeholt wird (d.h. per Brief oder E-Mail), sofern kein Mitglied eine mündliche Beratung verlangt.

Artikel 10 – Revisionsstelle

Die Generalversammlung wählt eine Revisionsstelle für die Dauer eines Jahres.

Sofern die Gesellschaft der eingeschränkten Revision unterliegt und nicht mehr als 10 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt hat, kann der Verwaltungsrat den Aktionären beantragen, auf eine Revision zu verzichten.

Artikel 11 – Geschäftsjahr

Der Verwaltungsrat bestimmt den Beginn und das Ende des Geschäftsjahres.

Artikel 12 – Auflösung der Gesellschaft

Die Auflösung der Gesellschaft kann durch einen Beschluss der Generalversammlung, über den eine öffentliche Urkunde zu errichten ist, erfolgen.

Die Liquidation wird durch den Verwaltungsrat besorgt, falls sie nicht durch einen Beschluss der Generalversammlung anderen Personen übertragen wird.

Artikel 13 – Mitteilungen und Bekanntmachungen

Mitteilungen an die Aktionäre erfolgen per Brief oder E-Mail an die im Aktienbuch verzeichneten Adressen. Mitteilungen an die Gesellschaft (z.B. Ausübung oder Verzicht von Rechten) erfolgen per Brief oder E-Mail.

Publikationsorgan der Gesellschaft ist das Schweizerische Handelsamtsblatt.

Preliminary remark: The English version is for information purposes only and has no legal effect.

Articles of Association of Simmentaler Brewhouse AG

with registered seat in Lenk

Article 1 – Name and Seat

Under the name Simmentaler Brewhouse AG a stock corporation pursuant to art. 620 et seq. of the Swiss Code of Obligations (CO) exists with its registered office in Lenk, Canton of Bern, for an indefinite period of time.

Article 2 – Purpose

The purpose of the company is to operate its own catering businesses. It may acquire interests in other businesses, suppliers and gastronomy-related projects. It may also invest in real estate or other projects relating to the catering, hotel or similar sectors. The company may engage in all transactions related to this main purpose.

Article 3 – Share Capital and Shares

The share capital amounts to CHF 100'000.00 and is divided into 10'000'000 registered shares with a nominal value of CHF 0.01 each.

The registered shares are fully paid up.

Article 3a – Capital band

The Company has a capital band between CHF 100'000.00 (lower limit) and CHF 150'000.00 (upper limit).

The Board of Directors is authorized to increase the share capital at any time and as often as desired within the capital band until 31 August 2029.

The increase must be effected by issuing a maximum of 5'000'000 new registered shares with a nominal value of CHF 0.01, to be fully paid in. After a change in nominal value, the new nominal value applies also within the scope of the capital band.

The acquisition and transfer of the new shares are subject to the restrictions set forth in these Articles of Association.

The time of the issuance of new shares, their issue price, the type of contributions, the conditions for the exercise of subscription rights and the time of dividend entitlement shall be determined by the Board of Directors. The Board of Directors is entitled to restrict or exclude the subscription rights (right to subscribe shares in priority) of the shareholders and to allocate them to third parties, if the new shares are to be used

- 1. for the acquisition of companies, parts of companies or participations by means of an exchange of shares;*
- 2. for the financing or refinancing of the acquisition of enterprises, parts of enterprises or participations or of new investment projects; or*
- 3. for the participation of strategic investors.*

Shares for which subscription rights have been granted but not exercised may be forfeited by the Board of Directors or otherwise used in the interest of the Company.

Article 4 – Form of Shares

Subject to the following paragraph, the registered shares of the company shall be structured as book-entry securities within the meaning of art. 973c of the Swiss Code of Obligations.

After being entered into the share register, the shareholder may at any time request the company to issue a document of proof confirming his registered shares; however, he has no right to demand the printing and delivery of shares certificates.

The board of directors may change the type of securitization of registered shares at any time and switch between ledger-based securities, registered securities, global securities, and uncertificated securities.

The board of directors may also register the registered securities, share certificates, or global securities or the shares structured as uncertificated securities or ledger-based securities, which are deposited with the company or a custodian, as intermediated securities. The board of directors may withdraw shares registered as intermediated securities from the custodian system at any time.

Transfers of intermediated securities are subject to the Federal Intermediated Securities Act.

The respective valid registration conditions apply to ledger-based securities.

Article 5 – Share Register

The company shall keep a share register, which shall contain the names and addresses of the owners or usufructuaries of the shares, together with the other information required under these articles of association or by the board of directors.

The company recognizes as shareholders the persons who are recorded in the company's share register as the owners or usufructuaries of shares.

Persons having acquired shares of the company will be recorded in the company's share register as shareholders, provided that they confirm in the manner specified by the company that they are holding the shares so acquired in their own name and for their own account. The company may ask a shareholder to repeat that confirmation at any time.

After having heard the relevant person, the company may cancel the registration of a shareholder from the share register with retroactive effect with respect to some or all of such shareholder's shares if the registration in the share register turns out to have been made on the basis of inaccurate information provided by the shareholder or if the relevant shareholder refuses, upon request, to confirm that he holds the relevant shares in its own name or for its own account. The relevant shareholder is informed of the cancellation.

The board of directors may adopt regulations on the transfer of shares and their registration in the company's share register.

Article 6 – Transfer of Shares

The transfer of the shares or the creation of a usufruct on the shares requires the approval of the board of directors.

The board of directors may refuse such approval by stating the reasons for the refusal, if the acceptance of the acquirer as a shareholder would hinder the company from producing evidence required by federal law in connection with the composition of the group of shareholders and if the sales of shares could challenge the purpose of the company according to art. 2 of these articles of association, in particular, if the acquirer is in a direct or indirect competitive relationship with the company.

In addition, the board of directors may refuse the request for approval if it offers in the name of the company to the seller of the shares to take over the shares for its account, for the account of other shareholders, or for the account of third parties at the real value at the time of the request or if the acquirer does not expressly declare that he has acquired the shares in his own name and for his own account.

If the shares have been acquired by succession, division of an estate, matrimonial property law, or compulsory execution, the board of directors may only refuse the request for consent if it offers to take over the shares at their actual value on behalf of the company.

Article 7 – Treasury Shares

If the company holds treasury shares, the voting and asset rights of such shares are suspended.

Article 8 – General Meeting of Shareholders

The general meeting must be convened by letter or e-mail to the shareholders and usufructuaries no later than 20 days before the date of the meeting.

The general meeting may be held by electronic means without a meeting place. The appointment of an independent voting representative may be waived. The board of directors shall regulate the use of electronic means. It shall ensure that

- 1. the identity of the participants is established;*
- 2. the oral contributions at the general meeting are directly transmitted; and*
- 3. each participant can table motions and participate in the debate; and*
- 4. the result of the vote cannot be falsified.*

If technical problems arise during the general meeting, with the result that the general meeting cannot be duly conducted, the meeting must be held again. Resolutions that the general meeting has passed before the technical problems arise remain valid.

The general meeting may be held abroad if the board of directors designate an independent voting representative in the notice convening the meeting. The board of directors may dispense with designating an independent voting representative provided all the shareholders agree.

The shareholders exercise their voting right at the general meeting in proportion to the total nominal value of the shares they hold.

Membership rights can be exercised by persons who are registered as a shareholder in the share register.

Each share is entitled to at least one vote in the shareholders' meeting. Persons who have in one way or another participated in the management of the company have no right to vote with regard to resolutions concerning the discharge of the board of directors.

A shareholder may be represented by written proxy at the shareholders' meeting by a person who does not need to be a shareholder and, if applicable, by the independent shareholder representative, the representative of the board of directors or by a depository representative. The board of directors shall decide on the admission of the proxy.

Members of the board of directors are entitled to attend the shareholders' meeting and make proposals.

Article 9 – Board of Directors

The board of directors of the company consists of one or more members and constitutes itself.

Resolutions of the board of directors shall be adopted by a simple majority. In case of a tie, the person chairing the meeting shall have the casting vote.

The board of directors shall have a quorum, if the majority of its members are present. Present are also members who attended the meeting simultaneously by interactive voice or voice and video transmission. These quorum requirements do not apply to resolutions in connection with capital increases and the subsequent contributions on shares not fully paid up, in which case the presence of one member of the board of directors suffices.

Meetings may also be held by video conference or other audio-visual or electronic means of communication, provided that the members participating by video, audio-visual device or other electronic means can be clearly identified. In addition, the same provisions governing physical meetings shall apply to decisions taken by video conference or other audio-visual or electronic means of communication.

Resolutions can be passed and elections carried out without holding a meeting of the board of directors by obtaining the written consent of the board members to a given proposal (i.e. by letter or electronic mail), provided that no member requests oral deliberation.

Article 10 – Auditor

The general meeting elects an auditor for a period of one year.

Should the company be subject to a limited statutory examination and does not have more than 10 full-time positions on average during a year, the board of directors may propose the shareholders to abandon an audit.

Article 11 – Financial Year

The board of directors sets the beginning and end of the financial year.

Article 12 – Liquidation of the Company

The dissolution of the company may be effected by a resolution of the general meeting of shareholders, which shall be recorded in a public deed.

The liquidation shall be carried out by the board of directors unless it is transferred to other persons by a resolution of the general meeting.

Article 13 – Communications and Notices

Notices to shareholders shall be sent by letter or e-mail to the addresses recorded in the share register. Notifications to the company (e.g. exercise or waiver of rights) shall be made by letter or e-mail.

The means of publication of the company is the Swiss Official Gazette of Commerce.